

Die Verachtung völkerrechtlicher Standards – der kalkulierte Angriffskrieg

Die Waffeninspektoren – ein unliebsames Vorspiel

Bis vor kurzem waren die Waffeninspektoren auf Basis der Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrats im Irak und suchten nach möglichen Beweisen für den Besitz von Massenvernichtungswaffen in den Händen des Diktators Saddam Hussein. Die Resolution regelt nicht nur die Rückkehr der Waffeninspektoren und deren Aufgabe vor Ort, sondern droht außerdem "mit ernsthaften Konsequenzen" für den Fall, dass der Irak gegen die Regelungen der Resolution verstößt, beispielsweise die Arbeit der Inspektoren behindert oder Ähnliches. Selbst wenn ein solcher Verstoß vorläge, müsste jedoch, da war sich die Staatenmehrheit einig, noch einmal der Sicherheitsrat über die Umsetzung möglicher Konsequenzen entscheiden. Die Resolution enthält also gerade keinen Automatismus, der einen sofortigen Militäreinsatz rechtfertigt.

Der sollte Krieg kommen – um jeden Preis

Die US-Regierung jedoch kümmerte diese Beschlusslage nur wenig. Sie betonte immer wieder, dass der Einsatz militärischer Mittel mitnichten nur von den realen Ergebnissen der Waffeninspektion abhängig sei. Vielmehr geht es ihr um die Beseitigung Saddam Husseins um jeden Preis.

So hatten die USA schon lange vor der Veröffentlichung der irakischen Waffenliste kundgetan, dass sie ohnehin Beweise dafür hätte, dass der Irak im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei. Jede andere Behauptung Saddam Husseins sein daher eine Lüge. Auch die ständige Verstärkung der US-Truppen am Golf und die täglichen Bedrohungsszenarien im US-Fernsehen belegten, dass es von Beginn an nicht um die Frage ging, ob Krieg geführt werden soll, sondern nur der Zeitpunkt zur Debatte stand.

Die Botschaft der US-Regierung war klar und eindeutig. Ein Krieg gegen den Irak muss geführt werden, egal was der Sicherheitsrat beschlossen und egal was das lästige Vorspiel der Waffeninspektion ergeben hat. Die USA haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie notfalls alleine einen Krieg gegen den Irak führen werden und dass der Sicherheitsrat dem entweder zustimmen könne oder es eben bleiben lassen könne. Nach dem bewusst herbeigeführten Scheitern der Bemühungen des Sicherheitsrats um eine friedliche Entwaffnung des Irak haben die USA und ihre Verbündeten nun konsequenter Weise losgeschlagen.

Die Renaissance des Angriffskriegs – ein Schlag gegen das Völkerrecht

"Die im Kalten Krieg bewährten Methoden der Abschreckung und Eindämmung reichen nicht mehr aus, um die Sicherheit der USA und ihrer Alliierten zu garantieren. Wer mit Terroristen und Diktatoren fertig werden will, muss die Schlacht zum Feind tragen, bevor die Bedrohung am schlimmsten ist." So der amerikanische Präsident George W. Bush im Sommer 2002 vor Kadetten der Militärakademie West Point.

Indem die USA nie einen Zweifel an ihrer unbedingten Position für einen Irak-Krieg ließen, haben sie den Sicherheitsrat faktisch zur Zustimmung zur Resolution 1441 gezwungen. Jede andere Entscheidung hätte seine Niederlage und Machtlosigkeit sofort besiegelt. Die USA haben den Sicherheitsrat offen erpresst. Mit der Androhung eines Vetos gegen eine kriegslegitimierende neue Resolution durch Frankreich u.a. war für die USA klar, dass der Sicherheitsrat ihren Kriegskurs nicht mittragen wird. Die Konsequenz: Der Sicherheitsrat wird schlicht ignoriert, der Krieg geführt.

Die Politik der USA ist eine Verachtung des geltenden Völkerrechts und läuft auf die Re-Etablierung des brutalen und bedingungslosen Angriffskriegs hinaus. Die USA verfolgen mit ihrem Krieg gegen den Irak auch die Legitimierung eines neuen und zugleich alten Kriegstyps – den "Präventivkrieg". In der neuen nationalen Sicherheitsstrategie ist von "Präemption" die Rede. "Präemptiv" ist eine Militäraktion dann, wenn "eine Angriffshandlung eines Gegners zweifelsfrei bevorsteht oder bereits stattfindet". Ein "präemptiver" Krieg ist aber nichts anderes als ein Präventiv-Krieg und somit ein Angriffskrieg. Angriffskriege sind nach der UN-Charta strikt und ausnahmslos untersagt. Wer diesen Grundsatz verletzt, setzt letzten Endes die Existenz des gesamten UN-Völkerrechts und die Funktionsfähigkeit der UNO aufs Spiel. Am Ende steht die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren.

Der Krieg wird der Bevölkerung schaden und blutig werden

Es soll keineswegs unterschlagen werden, dass es sich bei dem Regime Saddam Husseins um ein zutiefst diktatorisches und unmenschliches Regime handelt. Die Politik dieses Regimes bezahlt die eigene Bevölkerung seit Jahren nicht nur mit bitterster Armut, sondern auch mit dem Verlust jeglicher politischer Oppositionsmöglichkeit. Alle Oppositionellen sind geflohen oder wurden physisch vernichtet. Dies auch deshalb, weil die westlichen Staaten schon im Zweiten Golfkrieg keinerlei Interesse an der irakischen Opposition gezeigt haben. Ein Krieg gegen den Irak, der das Land einmal mehr zurück in die Steinzeit bomben wird und der mit zahllosen "Kollateralschäden" einmal mehr die ohnehin schon wehrlose Zivilbevölkerung treffen wird, ist jedoch das denkbar schlechteste Mittel, um irgendeinen Fortschritt hin zu einer tatsächlich demokratischeren Entwicklung zu ermöglichen. Im Gegenteil: Zu erwarten steht eher eine wachsende Unterstützung des Diktators Saddam Hussein gegen den äußeren Feind – die USA.

Der Krieg betrifft die ganze Region

Der Angriff gegen den Irak wird ein bisher nicht dagewesenes Mobilisierungspotential für extremistische Islamisten in der Region produzieren. Die Regimes der Region werden so gezwungen sein, entweder gegen islamistische Gruppierungen stärker vorzugehen (und damit weiter an Legitimität in der Bevölkerung verlieren), oder dem Druck der Bevölkerung nachzugeben und sich auf die Seite des Irak zu stellen. Da sie es militärisch nicht mit den USA aufnehmen können, werden sie sich gegen deren wichtigsten Partner in der Region wenden: Israel. Das Argument, der Krieg stärke die israelischen Sicherheitsinteressen, ist so nicht zu halten. Insbesondere wenn Saddam Hussein die religiöse Karte spielt, wie nach Erklärung des "Heiligen Kriges" gegen die USA zu erwarten, ist im Zuge des Irak-Kriegs eine Terrorwelle ungeahnten Ausmaßes zu befürchten. Auch die Sorge um die Sicherheit der israelischen Bevölkerung spricht also gegen einen Angriff auf den Irak. Ebenso wie gegen die Fortführung des trotz allem begonnenen Krieges.

JungdemokratInnen/Junge Linke fordern:

- **Stoppt den Krieg gegen den Irak!**
- **Sofortige Beendigung der deutschen Kriegs-Unterstützung!**
- **Widerstand gegen die Doktrin der präventiven Angriffskriege!**
- **Für den Erhalt und den Ausbau des Völkerrechts im Rahmen der UNO!**
- **Gegen eine Militarisierung der EU! Für eine demokratische und friedliche Politik der EU!**

V.i.S.d.P.: Danielle Herrmann, c/o JD/JL

JungdemokratInnen/ Junge Linke



JD/JL Bundesverband | www.jdjl.org | infos@jdjl.org | Greifswalder Str. 4 | 10405 Berlin | fon 030/440248-64 | fax -66

Mehr Infos zum Thema oder über uns? Einfach Coupon an obige Adresse schicken!

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Telefon: _____ Alter: _____

e-mail: _____

- Ich will mehr Infos!
 Ich will aktiv werden!

Hinweise zum Datenschutz:

Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern weiter gegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist in jedem Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen.

"Damit bin ich einverstanden."

Datum, Unterschrift: _____